**Formularende**

**Bundesregierung beschließt Bundeswehr-Teilabzug aus dem Irak**

Nach der Forderung des irakischen Parlaments nach einem Abzug aller ausländischen Truppen will die Bundeswehr vorläufig einen Teil ihres Kontingents aus dem Irak nach Jordanien und Kuwait verlegen. Das teilte die „Tagesschau“ am Dienstag unter Verweis auf das deutsche Verteidigungs- und Außenministerium mit.

Wie aus einem Schreiben der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und des Außenministers Heiko Maas vom Montagabend an den Bundestag, das [dem ARD-Hauptstadtstudio](https://www.tagesschau.de/ausland/bundeswehr-irak-verlegung-103.html) vorliegt, folgt, solle das deutsche Kontingent im Irak **„vorrübergehend ausgedünnt“** werden.

Es ist also keine endgültige Verlegung aus dem Irak.

„Wenn die Ausbildung wieder aufgenommen werden soll, können diese Kräfte zurückverlegt werden“, so die deutschen Minister.

Sowohl Kramp-Karrenbauer als auch Maas hatten in den vergangenen Tagen betont, dass sie den Kampf gegen den IS im Irak *für sinnvoll halten.*

**Verlegung nach Jordanien und Kuwait**

Das gelte vor allem für zwei Standorte. Im Hauptquartier des Einsatzes „Operation Inherent Resolve“ in Bagdad sind nur wenige deutsche Soldaten eingesetzt. In Tadschi sind es 27, die dort irakische Kräfte ausbilden. Vom jordanischen Luftwaffen-Stützpunkt Al-Azraq starten deutsche Aufklärungstornados. Das Hauptquartier könnte *teilweise nach Kuwait* umziehen.

**Bundesregierung will Entscheidung des Iraks respektieren**

Wie der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels der „Passauer Neuen Presse“ sagte, müsse eine Entscheidung der Führung in Bagdad akzeptiert werden.

„Deutsche Soldatinnen und Soldaten können nicht gut gegen den ausdrücklichen Willen der irakischen Regierung und des irakischen Parlaments dem Irak weiter helfen. Hilfe muss auch gewollt sein“, sagte er.

Auch Bundesaußenminister Heiko Maas sagte, dass die Bundeswehr nicht gegen den Willen der irakischen Regierung bleiben werde. „Es gibt keinen Staat, der Mitglied der Anti-IS-Koalition ist, der im Irak bleiben wird, wenn man dort nicht erwünscht ist“, sagte der SPD-Politiker am Montagabend im ZDF-„heute-journal“. Letztlich entscheiden müsse dies aber die Regierung in Bagdad. „Deshalb sprechen wir zurzeit mit der Regierung.“

[USA-Iran-Krise: Warum Deutschland und EU aktuelle Situation „mit herbeigeführt“ haben](https://de.sputniknews.com/ausland/20200106326310496-usa-iran-krise-deutschland-eu-aktuelle-situation/)

Rechtsgrundlage für das Mandat der Bundeswehr, im Irak tätig zu sein, sei eine Einladung der dortigen Regierung und des Parlaments. Die Anti-IS-Koalition müsse nun schleunigst zusammenkommen, um ihr Vorgehen abzustimmen.

Nach der gezielten Tötung des iranischen Generals Ghassem Soleimani durch einen US-Luftangriff in Bagdad sieht SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich das deutsch-amerikanische Verhältnis „tiefgreifenden Veränderungen und Belastungen ausgesetzt“, wie er der „Süddeutschen Zeitung“ sagte.

„Ob es bei der gegenwärtigen amerikanischen Regierung eine Rückkehr zu einem geordneten politischen Miteinander geben kann, muss man heute bezweifeln.“

Am Sonntag hatte das irakische Parlament den Abzug der rund 5000 im Land stationierten US-Soldaten und aller übrigen ausländischen Truppen gefordert. Die Bundeswehr unterstützt den Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch Daesh; IS)\* mit Tornado-Aufklärungsjets und Tankflugzeugen sowie mit Militärausbildern im Irak.

**Ermordung von General Soleimani**

[Mit der Ermordung von Soleimani ist die Kriegsgefahr im Nahen Osten dramatisch angestiegen](https://de.sputniknews.com/ausland/20200106326310233-ermordung-soleimani-kriegsgefahr-naher-osten-dramatisch-angestiegen/)

Bei einer Operation des Pentagons in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag im Raum des internationalen Flughafens von Bagdad war der Kommandeur der Al-Quds-Spezialeinheit, General Qassem Soleimani, getötet worden. Daraufhin hatte die Führung in Teheran Rache für [den Tod von Soleimani](https://de.sputniknews.com/search/?query=Soleimani) geschworen. US-Präsident Donald Trump hatte dem Iran in der Nacht auf Sonntag dagegen „schnelle und starke“ Militärschläge gegen 52 Objekte, darunter auch Kulturstätten, in dem Nahost-Land angedroht, falls Amerikaner oder amerikanische Einrichtungen von der iranischen Armee angegriffen werden sollten.

Am Samstag fand im Irak die Abschiednahme vom getöteten General statt. Der irakische Parlamentschef, Mohammed al-Halbousi, bezeichnete das Geschehene als groben Verstoß gegen die Souveränität des Iraks und gegen internationale Vereinbarungen.

\*eine Terrororganisation, in Deutschland und Russland verboten

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20200107326311192-deutschland-reduziert-zahl-der-soldaten-im-irak/?utm_source=de_newsletter_links&utm_medium=email>

**Bundeswehr aus Irak abziehen, US-Angriff verurteilen**

Tobias Pflüger vom 6.Januar 2019

Zur Tötung des iranischen General Qasem Soleimani und des irakischen Militärführers Jamal Jaafar al-Ibrahimi (Abu Mahdi al-Muhandis) durch eine Drohne im Irak, befohlen von US-Präsident Trump, und den neuesten Entwicklungen dazu, erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE:  
Eine Aussetzung des Bundeswehreinsatzes reicht bei weitem nicht aus. Will die Bundesregierung nicht Teil des drohenden Krieges zwischen den USA und dem Iran im Irak und anderswo werden, muss sie die Bundeswehr sofort aus dem Irak vollständig abziehen. Durch die jetzt entstandene Situation sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr konkret gefährdet. Wenn die Bundesregierung die Bundeswehr nicht abzieht, macht sie sich mitschuldig an der Eskalation des Konfliktes.  
Ich fordere die Bundesregierung auf, der US-Regierung umgehend die Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland zu untersagen. Die US-Regierung hat eine extralegale Tötung mit einer bewaffneten Drohne auf dem Gebiet eines anderen Staates, des Iraks, durchgeführt.  
Das ist einerseits völkerrechtswidrig, andererseits politisch ein Brandbeschleuniger schlimmster Sorte. Die Untersagung der Nutzung von Ramstein und weiterer involvierter Militäreinrichtungen der USA in Deutschland ist notwendig, um nicht als Bundesrepublik Deutschland an völkerrechtswidrigen Aktionen der USA beteiligt zu sein. Auf dem US-Stützpunkt Ramstein befindet sich die Relaisstation für Drohnenangriffe der USA, ohne diese Relaisstation sind solche Drohnenangriffe der USA deutlich erschwert.  
Diese so genannte „gezielte Tötung“ des iranischen Generals Soleimani und des irakischen Militärführers al-Ibrahimi, befohlen durch US-Präsident Donald Trump, hat die Situation im Nahen Osten schlagartig enorm eskaliert. Dass sowohl Qasem Soleimani als auch al-Ibrahimi mutmaßliche Kriegsverbrecher sind, rechtfertigt ihre „gezielte Tötung“ natürlich absolut nicht. Zentral ist, dieser Mord ist völkerrechtswidrig und ein enormer Brandbeschleuniger der Konflikte vor Ort – es droht ein großer Krieg.  
Al-Ibrahimi befehligte die „al-Haschd asch-Schaʿbī“, diese sind offizieller Teil der irakischen Streitkräfte. Im Irak waren seit längerem Protestierende gegen die korrupte irakische Regierung, für soziale Forderungen und gegen den Einfluss verschiedener anderer Staaten u.a. der USA und des Iran im Irak auf der Straße. Die irakischen „Sicherheitskräfte“ haben bei den Protesten mehrere hundert Demonstrierende getötet und viele verletzt. Dass das irakische Parlament nun den Abzug aller ausländischen Truppen fordert, ist bezeichnend. Im Irak tritt bei den politischen Auseinandersetzungen nun die Kritik an der korrupten Regierung in den Hintergrund. US-Präsident Trump hat mit seinem Mord auch politische Hardliner im Iran und im Irak gestärkt.  
Im Iran gab und gibt es Proteste gegen das dortige Regime, auch dort wurden von Regierungsseite viele Demonstrierende getötet. Die extralegale Hinrichtung der beiden Militärs im Irak durch die US-Regierung ist nicht nur völkerrechtswidrig und politisch hochgradig gefährlich, sondern stärkt auch das Regime im Iran. Denn nun kann das iranische Regime die Menschen hinter sich versammeln, der Iran ist von außen angegriffen worden. Die USA haben dem Iran de facto den Krieg erklärt. Welche Gegenaktionen der Iran nun durchführen wird ist offen, die Gefahr einen großen Krieges ist durch den wahnsinnigen Angriff von Trump enorm gestiegen. Trotz alledem muss alles getan werden, um das Atomabkommen mit dem Iran zu erhalten.  
Ich fordere die Bundesregierung auf, umgehend die extralegale Tötung der beiden iranischen und irakischen Militärs durch eine US-Killer-Drohne klar zu verurteilen, ernsthafte diplomatische Initiativen zu ergreifen, um eine weitere Verschärfung des Konfliktes zu verhindern, die Bundeswehr aus dem Irak sofort vollständig abzuziehen und die Nutzung der involvierten US-Stützpunkte in Deutschland umgehend zu untersagen.  
DIE LINKE wird sich an Aktionen der Friedensbewegung gegen einen Krieg gegen den Iran beteiligen.  
  
—————————————————————————-  
Quelle: [https://www.die-linke.de/?id=3665&tx\_news\_pi1%5Bnews%5D=77795](file:///C:\Users\atlan\AppData\Local\Temp\Temp2_Aw__Watch__Veteran_Speaks_At__No_War_On_Iran__Rally_Los_Angeles__on_YouTube.zip\https:\www.die-linke.de\%3fid=3665&tx_news_pi1%255Bnews%255D=77795)